

## **Frühliberalismus: Begriff, Träger der Bewegung und Forderungen**

Die Epoche nach 1815 wird allgemein die Zeit von Restauration und Reaktion genannt, ihr wesentlichen Kennzeichen ist eine **restaurative Politik**.

Was bedeutet das? Restaurieren bedeutet etwas wieder herstellen, etwas in seinen alten Zustand zurückversetzen. Was die Zeit nach 1815 wieder herstellen wollte, war der politische Zustand vor der französischen Revolution von 1789. Vor allem sollte alles wieder abgeschafft werden, was die Macht des Fürsten einschränkte. Ein Fürst, ein Wort, ein Befehl, ein Gehorsam – so einfach war die Welt.

Und für den Fürsten und seine Leute war das wichtigste, dass der Staat möglichst viel Macht hatte, dass alles, was für den Staat nützlich und notwendig war, funktionierte, ohne dass jemand anderes dazwischen redete. Dieser andere war natürlich das Volk.

Für die Leute des Fürsten, seine Minister und seine Beamten, war das wichtigste, dass sie ihre alten Privilegien, ihre Vorrechte, behielten und vor allem niemandem (außer dem Fürsten) Rechenschaft ablegen mussten über das, was sie taten oder ließen. Sie waren gut angesehen, sie erhielten ein gutes Gehalt, sie arbeiteten ab und zu auch in ihre eigene Tasche.

Was beide gleichermaßen ablehnten, waren die so genannten Errungenschaften der französischen Revolution:

- Mitbestimmung
- Gleichheit aller vor dem Gesetz
- Chancengleichheit

Die Fürsten genossen es gleichzeitig, dass sie jetzt, nach Napoleon, selbständig waren und keinen Kaiser mehr über sich hatten, vor dessen Gericht sich manche von ihnen früher hatten verantworten müssen. Was vor Napoleon das Heilige Römische Reich Deutscher Nation war, war jetzt ein Sammelsurium von 34 Fürstentümern und 4 Stadtrepubliken, also eine Ansammlung von Kleinstaaten. Die größten unter ihnen waren Preußen und Österreich, selbst Bayern war nur ein Kleinstaat. Sie hatten zwar das Bewusstsein deutsch zu sein, aber es gab nichts Verbindendes, was ein „Deutschland“ hätte sein können.

Gegen all das wehrten sich die Leute in den Kleinstaaten, die mitbekommen hatten, dass in den USA (1776) und in Frankreich (1789) die Macht von Fürsten und Regierung beschnitten und eingeschränkt worden war. Warum, so dachten sie, nimmt sich der Staat, nimmt sich der Fürst heraus, alles besser regeln zu können als die Bürger, alles entscheiden zu wollen – und dann doch nur den eigenen Vorteil im Blick zu haben. Es waren vor allem, die die bereits an den Universitäten studiert hatten, und die, die noch an den Universitäten studierten, also vor allem Akademiker (Juristen, Ärzte) und Studenten, die ihren Mund aufmachten und forderten, die Macht des Fürsten einzuschränken. Das zog natürlich Kreise, und so dachten mit der Zeit viele andere so.

Die Macht des Fürsten einzuschränken, dazu brauchten die Menschen eine Verfassung. Sie sollte genau festlegen, wer was im Staat durfte und wer was nicht durfte. Sie regelte die Kompetenzen von Fürst, Regierung, Beamten und Volk. Da

konnt dann z.B. drin stehen, wer die Gesetze machte (das Parlament am besten) und wer den Bürgern Vorschriften machen durfte (am besten niemand).

Während Fürst und Beamte also einen starken Staat forderten, dem niemand hinein redete, waren die Bürger der Meinung, dass IHNEN niemand hineinreden sollte. Eigentlich ein unvereinbarer Zustand.

Der Fürst und die Beamten hatten auch nicht wirklich gute Argumente auf ihrer Seite. Sie behaupteten zwar immer wieder, nur das Beste für das Volk zu wollen, aber das Volk wollte seine Freiheiten – Freiheit davon, dass der Staat ständig und immer wieder durch neue Vorschriften in alles hineinredete. Sie selbst wollten sich informieren, wollten mitreden, wollten Einfluss auf IHREN Staat haben – wollten auch lesen, was SIE lesen wollten, nicht was der Fürst ihnen vorschrieb.

Diese Freiheiten, die die Bürger wollten, nennt man „liberale Freiheiten“ (vom lateinischen liber = frei). Sie waren dem Fürsten ein Gräuel, weil er damit von seiner Mac hätte abgeben müssen.

Also gibt es einen starken Gegensatz zwischen dem Wunsch des Fürsten, allein zu regieren, und dem Wunsch des Volkes, an der politischen Macht teil zu haben. Das eine nennt man „Obrigkeitsstaat“, das andere „liberalen Verfassungsstaat“. Der Kampf zwischen den beiden Richtungen sollte noch bis weit ins 20. Jahrhundert hinein geführt werden.

Es gibt aber noch einen zweiten Gegensatz, und der war genauso stark.

Die Fürsten hätten ihre Macht auch verloren, wenn aus den 38 Einzelstaaten mit der Zeit ein einziges Land – eben Deutschland – geworden wäre. Deswegen mussten sie die Bestrebungen nach EINEM einzigen Staat, in dem ALLE Deutschen leben sollten, genauso als feindlich, und verräterisch betrachten wie die Forderung nach einer liberalen Verfassung. Umgekehrt sahen die Bürger, dass die Kleinstaaterei für die Fürsten ein gutes Mittel war, um ihre Macht zu behalten. Liberale Verfassung UND Abschaffung der Kleinstaaterei gingen also Hand in Hand. Man spricht daher bei den Bürgern von „liberaler und nationaler Bewegung“.

Die Wünsche nach einem einheitlichen deutschen Staat erhielten einen starken Auftrieb, als die französische Herrschaft zusammenbrach und Deutschland von den Franzosen „befreit“ wurde. Das waren die Befreiungskriege von 1812 bis 1814. Die Hoffnungen aber, dass der „Wiener Kongress“ ein neues „Deutschland“ schuf, waren vergebens, denn wer 1815 in Wien zusammenkam, waren die Fürsten und nicht die Vertreter des Volks. Und die Fürsten wollten ja bekanntlich ihre eigene, neu gewonnene Macht nicht glich wieder verlieren.

Mit am Verhandlungstisch in Wien saßen die Vertreter der europäischen Großmächte. Frankreich hatte zwar den Krieg verloren, aber sein Vertreter verhandelte dennoch mit. Und diesen europäischen Großmächten war ein zersplittertes, handlungsunfähiges Deutschland wesentlich lieber als ein starkes und einiges Deutschland. Der russische Zar galt hier als Wortführer, so dass die liberalen Bürger in Deutschland ihn zu hassen begannen, obwohl russische Truppen mitgeholfen hatten, Napoleon zu besiegen.

Das Ereignis, das die Niederlage Napoleons einleitete und deshalb immer wieder gefeiert wurde, war die Völkerschlacht von Leipzig am 19. Oktober 1813. Zum ersten Jahrestag 1814 hatten die liberalen Bürger noch die starke Hoffnung, dass aus den

Ruinen der napoleonischen Herrschaft ein neues, demokratisches und geeintes Deutschland wachsen könnte. Schnell wurde jedoch klar, dass die Pläne der Fürsten ganz anderes waren. 1815 wurde noch einmal gefeiert, 1816 nur noch vereinzelt. 1817 jedoch kam zum vierten Jahrestag der Schlacht noch ein zweites Jubiläum hinzu: der 300. Jahrestag des Thesenanschlags von Martin Luther 1517.

Da feierten die Studenten, die sich schon in einer „Deutschen Burschenschaft“ zusammengeschlossen hatten, auf der Wartburg bei Eisenach ein großes Fest. „Deutsche“ Burschenschaft hatten sie sich zwei Jahre vorher genannt, weil sie nicht länger eine kleinstaatliche Vereinigung sein wollten, sondern eine deutsche. Sie feierten 1817 sowohl die Befreiung Deutschlands von der Herrschaft Napoleons als auch die Befreiung des Geistes von der Herrschaft der katholischen Kirche in der Reformation. Feierlich wurden auf der Wartburg Symbole der Unterdrückung verbrannt: Ein französisches Zivilgesetzbuch („code civil“ – viele deutschen Staaten hatten das für sich selbst übernommen) als Symbol für die Fremdherrschaft, einen Korporalstock (ein militärisches Abzeichen) als Symbol für die Allmacht des Militärs und ein Zopfteil als Symbol für die Alte Zeit, die einige der Fürsten auch äußerlich (in der Haartracht ihrer Beamten) wieder einführen wollten.

Dann aber übertrieben die Studenten bei ihrem Eintreten für „Deutsches“ und verbrannten Bücher, deren Inhalt sie für „undeutsch“ hielten.

Ein zweites Fest wurde fünfzehn Jahre später mit dem Hambacher Fest (1832) in der bayerischen Pfalz gefeiert. Der Anlass dafür war ganz staatstreu der Jahrestag der Verfassung, die in Bayern eingeführt worden war. Sie war zwar noch nicht sehr liberal, aber immerhin besser als nichts. Am Rand dieses Festes, das auf der Maxburg bei Neustadt an der Weinstraße gefeiert wurde – sie hieß dann später „Hambacher Schloss“ – kamen Männer und Frauen zusammen, die die alten Forderungen nach liberalen Freiheiten und nationaler Einheit erneut erhoben. Die Freiheit Deutschlands war den Leuten dort nicht zu erreichen, solange Russland Einfluss in Deutschland hatte. Russland galt auch als der Unterdrücker Polens, weswegen die Freiheit Deutschlands nicht ohne die Freiheit Polens zu erreichen war.

Der bayerische Staat reagierte auf diese Demonstration mit den Mitteln, die alle Kleinstaaten gegen die Liberalen anwandten: Die Wortführer wurden verhaftet und wegen Staatsgefährdung verurteilt, künftige Versammlungen wurden schon vorher verboten, die Polizei überwachte alles.

Für den reaktionären Staat war es wichtig, dass er kontrollierte, was an Druckerzeugnissen unter Volk ging. Da die Beamten annahmen, dass Bücher von einem großen Umfang eh nur von wenigen gelesen wurden, wurde befohlen, dass alle Presseerzeugnisse unter einem bestimmten Maß vorher der Zensurbehörde zur Genehmigung vorgelegt werden mussten. Wer etwas ohne ihre Zustimmung veröffentlichte, machte sich strafbar. Das nennt man Zensur, das Gegenteil davon, die Freiheit von der Zensur, ist die Pressefreiheit.

In derselben Zeit geschah etwas anderes, das für die Macht der Fürsten viel gefährlicher wurde als offene Demonstrationen.

Nach dem Wiener Kongress 1815 wurden in einigen, vor allem süddeutschen Kleinstaaten, Verfassungen eingeführt, die tatsächlich dem Volk gewisse Rechte gaben. Man spricht von „landständischen“ Verfassungen, weil sie keine Demokratie, sondern eine Art von Parlament einführten, dessen Zusammensetzung der Fürst kontrollierte.

Vor allem gab es kein allgemeines Wahlrecht. Wichtig war die Einführung einer Verfassung für die Fürsten vor allem deswegen, weil damit ihr Land ein neues, einheitliches Bewusstsein erreichen konnte, das die alte zusammengestückelte Vielfalt aus der Zeit, in der unter dem Einfluss Napoleons diese Kleinstaaten entstanden, überspielen konnte.

Vor allem die II. Kammer der badischen Landstände in Karlsruhe, die 1819 zum ersten Mal zusammentrat, ist bekannt dafür, dass in ihr oft hitzige Debatten geführt wurden. Entscheiden durfte diese Kammer zwar nichts, aber sie durfte diskutieren, und das war für die damalige Zeit schon ein erheblicher Fortschritt. Der österreichische Staatskanzler Fürst von Metternich sagte daraufhin auch, dass diese süddeutschen Landtage der Hort von Demokratie und Demagogie seien, und dass vor allem die badische Verfassung mit diesem unerhörten Rederecht dem Keim der Revolution in sich trage. Demokratie war für Metternich ein Schimpfwort, Demagogie bedeutete für ihn Volksverhetzung.

So war das liberale Bürgertum schon sensibel für Ereignisse, die in Europa vor sich gingen. Als dann 1830 die Franzosen in einer neuen Revolution (der „Juli-Revolution“) ihren König verjagten, weil er eine so rückschrittliche Politik machte, berichteten bald alle Zeitungen in Deutschland davon. Begeistert wurden die Ideen dieser Julirevolution in Frankreich aufgegriffen:

- Grundrechte (v.a. Pressefreiheit)
- Verfassungsreform (Gemeindeordnung, d.h. Demokratisierung des kommunalen Lebens)
- Justizreform (Unabhängigkeit der Gerichte)

Weitere Forderungen bezogen sich auf den "klassischen" Katalog **liberaler Freiheitsrechte**, wie Besitzgarantie oder die Förderung einer breiten Bildung.